

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (mit Frauenwelt und Jugend) einschließlich Briefkasten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 213.

Dresden, Sonnabend den 13. September 1913.

24. Jahrg.

Der Parteitag in Jena.

Der am Sonntag in Jena zusammentretende Parteitag wird unter dem Eindruck des Ablebens des Mannes stehen, der seit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie Jahrzehnte hindurch und bis zu seinem letzten Atemzuge mehr als irgendjemand anderer für unsere Partei gewirkt ist. Noch vor zwei Jahren stand in Jena August Bebel auf der Tribüne des Parteitages und gab uns klare und deutliche Weisung zur Stellungnahme der Partei in der damaligen Kriegssituation und zur Aufgabe der Partei in der damaligen Kriegssituation. Nun muß die deutsche Sozialdemokratie ohne ihn ihre Wege weiter finden. Jedoch, so unerlässlich Bebel für unsere Partei ist, gerade das ist ja als eines seiner größten Verdienste zu werten, daß unter seiner Leitung unsere Partei genug demokratische Selbstständigkeit und mangelnde Kräfte zu entwickeln vermochte, um das Werk, das Bebel hinterlassen, sicher und stark fortzuführen. Bebel selbst hat, wie neben anderen Zeugnissen ein jüngst veröffentlichter Brief zeigte, sein Lebenswerk in der sicheren Überzeugung beschlossen, daß bei seiner Abberufung aus der Reihe der Lebenden die sozialdemokratische Partei festen Schrittes wie bisher weitermarschieren werde. Daß die Jünger Bebel's berechtigt war, dafür, so erwarten wir, wird schon der Parteitag in Jena Zeugnis ablegen.

Der Parteitag wird die Aufgabe haben, neben dem seit zwei Jahren das Amt des Vorsitzenden innehabenden Genossen Haacke einen weiteren Vorsitzenden zu wählen. Das Organisationsstatut der Partei schreibt vor, daß bei der Wahl des Parteivorstandes zwei Vorsitzende zu ernennen sind. Jeder ist sich bewußt, daß eine eingetragene Persönlichkeit, die das, was Bebel war, ersetzen könnte, nicht vorhanden ist. Wohl aber gibt es im heutigen Parteivorstand und außer ihm eine ganze Zahl von bewährten Parteimitgliedern, die wohl geeignet und befähigt sind, das ebenso verantwortungsvolle wie ehrenvolle Amt zu bekleiden.

Es liegt dem Parteitag ein recht umfangreicher Arbeitsstoff vor. Es gilt, die gesamte Lage der Partei zu überprüfen und verschiedene strittige Probleme zur endgültigen Klärung zu bringen.

Zu erster Prüfung fordert die Tagesordnung, daß im Berichtsjahr 1912/13 (1. Juli bis 31. März) im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren kein Fortschritt in der Zahl der organisierten Parteimitglieder und der Abkommen unter Parteimitgliedern erzielt worden ist. Es hieße eine fruchtbarere Verwertung dieser Tatsache unmöglich machen, wenn der Parteitag jenen einzelnen Parteigenossen folgen wollte, die diese Frage mit der Taktik der Partei zu verquiden versuchen. Es ist gelagert worden, daß die „Dämpfungstaktik“ bei den letzten Reichstagswahlen und die „opportunistische“ Haltung der Reichstagsfraktion, wie sie in der Zustimmung zu den letzten Steuererlassen zum Ausdruck gekommen sei, auf die Partei ermüdend gewirkt hätten, daß der Plan der Verfeinerung nachgelassen habe und daß deshalb die Weibekraft der Partei nicht mehr dieselbe sei wie zuvor. Ohne auf derartige, gänzlich unbegründete und beweislose Behauptungen jetzt näher einzugehen, wollen wir lediglich darauf hinweisen, daß gegen die sogenannte „Dämpfungstaktik“ von denselben Kritikern schon vor zwei Jahren auf dem Parteitage in Jena Sturm gelaufen wurde und daß gerade unter dieser Taktik sich die Zahl unserer Wähler bei der Reichstagswahl um eine Million vermehrt hat. Es ist für jeden sachlich urteilenden Parteigenossen außer Zweifel, daß einzelne taktische Maßnahmen der Partei, auf den Fortschritt der bisher unorganisierten Massen einen geringen Einfluß, weder einen günstigen noch einen ungünstigen, ausüben können, und es hieße gerade die Kerntruppen unserer Parteimitgliedschaften beleidigen, wenn ihnen zugemutet wird, sie hätten die Werberarbeit für die Partei vernachlässigt, weil ihnen angeblich diese oder jene taktische Maßnahme nicht gefiel.

Nach unserer Auffassung ist der Stillstand in der Zahl der Parteimitglieder aus dem Zusammentreffen verschiedener Ursachen zu begreifen. Im Jahre 1906, als die Vereinsorganisation der Partei zur Durchführung gelangte, zählte die Partei erst 384 000 Mitglieder. Wir hatten zur Zeit der Reichstagswahlen von 1908 bei einer Wählerzahl von 3 1/2 Millionen schätzungsweise nicht über 300 000 Mitglieder in der Organisation. Seit 1908 erfolgte der rapide Aufschwung bis zu 970 000 Mitgliedern im Jahre 1912. Dieser Aufschwung ist in erster Reihe dem Ausbau der berufsmäßig arbeitenden Parteisekretariate zu danken, die eine systematische Werberarbeit durchführten. Er ist ferner zum Teil auf die Veranlassung zahlreicher weiblicher Mitglieder seit dem Zustandekommen des Reichvereinsgesetzes zurückzuführen. Es ist leicht zu verstehen, daß dieser Aufschwung sich nun nicht ohne weiteres immer fortsetzen kann. Die Arbeit der Parteisekretariate, neue Mitglieder heranzuziehen, wird immer schwieriger. Besonders in vielen großstädtischen Kreisen ist das Feld zur Rekrutierung unter den industriellen Arbeitern vielfach fast erschöpft. Dazu kommt für manche Landesteile die Steigerung der Mitgliedsbeiträge, ferner und nicht zum geringsten das Ende der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die Arbeitslosigkeit, die verminderten Löhne und die schwere Teuerung der Lebensmittel.

Im übrigen hatten wir es auch überhaupt nicht für richtig, in einem immerfort sehr schnell wachsenden Mitgliederbestand alles Heil der Partei zu erblicken. Auch hier ist die bloße Quantität nicht alles. Wer wollte behaupten, daß die Parteiorganisationen bisher schon imstande waren, für die so rapid gewachsenen Mitgliederzahlen alles zu vollbringen, was nötig ist, um sie vollständig im Sozialismus durchzubilden und zu politischen Kämpfern zu machen? Wir sollen nicht nur immer sagen, es müssen mehr Mitglieder her, sondern wir müssen uns fragen, wie wir allen Anforderungen gerecht werden, die schon die bisherige Mitgliederzahl von einer Million Organisierten an uns stellt. Nicht nur in die Breite soll unsere Bewegung gehen, sondern vor allem auch in die Tiefe.

Wenn wir dies alles bedenken, dann braucht der Stillstand in der Zahl der organisierten Mitglieder keinen Anlaß zu besondern Besorgnissen zu geben. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß alles aufgegeben werden muß, um über die Zeit des Stillstandes hinauszu kommen. Schon oft im Verlauf der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung sind nach großen Erfolgen zeitweise Perioden der Ebbe eingetreten. So wird es auch diesmal sein. Wenn alle in der Partei ihre Schuldigkeit tun, wenn wieder neue politische Kämpfe die Massen in Erregung bringen, dann werden wir auch mit unseren Organisationen wieder einen tüchtigen Aufschwung vorwärts gelangen.

Einen nicht geringen Raum auf dem Parteitage werden voraussichtlich die Aussprachen über den politischen Massenstreik und über die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den Vermögenssteuern einnehmen. Wir haben uns in unserer Zeitung ausführlich über diese Angelegenheiten ausgesprochen, so daß es unnötig ist, in dieser Stunde nochmals längere Erörterungen anzustellen. Zur Frage des Massenstreiks hat der Parteivorstand nach Beratung mit dem Parteiausschuß eine Resolution vorgelegt, die eine den Verhältnissen gerecht werdende Klärung bringt. Die Resolution fordert zur unermüdbaren Fortsetzung des preussischen Wahlrechtskampfes auf, sie fordert die Einsetzung aller proletarischen Kräfte für diesen Kampf, sie erneuert den Hinweis auf die Waffe des politischen Massenstreiks, aber sie hält sich in richtiger Würdigung der Zeitverhältnisse davon fern, die deutsche Arbeiterklasse in eine Politik der Abenteuer zu fügen, auf die die schlimmsten Feinde der Arbeiter mit heiserer Pöbel lauern. Es ist sehr bezeichnend, daß bei den Diskussionen über den politischen Massenstreik in den letzten Monaten die Leistungen der Gewerkschaftsverbände sich völlig ruhig verhalten haben und daß aus den in den Gewerkschaften organisierten Massen nicht der spontane Schrei nach Einsetzung der Gewerkschaften für den politischen Streik erschallt ist. Dies zeigt, daß gerade auch die Massen selbst die richtige Ergründung dafür haben, daß sie das, was sie mit so viel Arbeit und Opfern aufzubauen haben, nicht für zweifelhaftes Unternehmungen auf Spiel zu legen brauchen. Die Massen erkennen sehr gut, daß sie nicht durch übereifrige Huzarenritte, sondern nur durch eine gleichmäßig vordringende, ruhig kräftvolle, Schritt um Schritt die feindlichen Gewalten zurückwerfende Politik vorwärts gelangen können. Es wäre auch in der Tat gar nicht zu verstehen, warum die deutsche Arbeiterklasse gerade in der gegenwärtigen Zeit sich Verzweiflungstimmungen hingeben und aus solchen Stimmungen und Verstimmungen heraus eine Verzweiflungstaktik betreiben sollte. Wenn die Resolution sich frei hält von so starken Worten und keine Massenstreikandrängungen für baldige Zeiten verkündigt, so ist das durchaus lobenswert. Denn es ist nicht gut, schallende Worte zu machen, denen dann vielleicht nicht die entsprechenden Taten folgen können. Es ist besser, weniger laut in Worten aufzutreten und zur rechten Stunde um so entschlossener zur Tat zu schreiten.

Zu den Steuerfragen und zur Abstimmung der Reichstagsfraktion bei den Vermögenssteuern liegen dem Parteitag die Votumsätze und die Resolution des Genossen Wurm vor. Es ist uns zweifelhaft, ob die Votumsätze, die die Grundzüge einer sozialistischen Steuertheorie darlegen, für eine Beschlussfassung durch den Parteitag geeignet sind. Es geht das wohl ebenso wenig an wie auch nicht über ein wissenschaftliches Buch durch Abstimmung entschieden werden kann. Es wird genügen, wenn der Parteitag, ohne sich auf jedes Wort der Votumsätze zu verpflichten, sie im allgemeinen als Begreifung durch die Steuerprobleme anerkennt. Die Resolution des Genossen Wurm trifft unseres Erachtens das Richtige zur Stellungnahme unserer parlamentarischen Fraktionen bei Steuererlassen des kapitalistischen Staates. Sie lehnt auch direkte Vermögenssteuern ab, falls sie zu volksfeindlichen Zwecken dienen, sie läßt aber die Zustimmung zu, falls der volksfeindliche Zweck nicht zu verhindern ist und schlechtere, die Arbeiterklasse bedrückende Steuern verhängt werden. Wenn von einem Teil der Parteigenossen noch immer gegen die Haltung der Reichstagsfraktion in der Vermögenssteuerfrage Bedenken erhoben werden, oder wenn z. B. das Organ

unserer Parteigenossen, die Gleichheit, die sich seit Monaten in heftigen Anklagen gegen die Parteiführung ergibt, in ihrer letzten Nummer die Wurm'sche Resolution als eine „in grundsätzliche Erklärungen sauber eingewickelte Rechtfertigung der opportunistischen Praxis der Reichstagsfraktion bei den Vermögenssteuern“ hinstellt, so erledigen sich derartige Behauptungen wohl schon durch den Hinweis, daß Genosse Wurm stets, um den Ausdruck zu gebrauchen, zu den Radikalen in der Partei gezählt hat und daß er als Mitredakteur Karl Kautsky's stets ein Hüter der marxistischen Lehre war. Die Frage hat wahrhaftig nichts mit Opportunismus zu tun. Die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Vermögenssteuern geschah einfach aus der Überzeugung, daß ohne diese Zustimmung schlechtere Steuern genommen wären, daß die Arbeiterklasse außer dem Opfer der unfairen Willkürhaftungen auch noch das Opfer neuer Steuerlasten hätte tragen müssen.

Einer bedeutenden Pflicht wird der Parteitag nachkommen, indem er die Frage der Arbeitslosigkeit behandelt. Wiederholt ist auf unseren Parteitag und in den Parlamenten das Eintreten der Gesetzgebung für die Arbeitslosigkeit und dem Jünger überantworteten Arbeiter gefordert worden, aber jetzt ist diese Frage dringlicher denn je. Auch hat es den Anschein, als ob sich bald die Zeit erfüllt, da die Möglichkeit gegeben wird, den brutalen Widerstand der herrschenden Mächte auf diesem für das Wohl der Arbeiterfamilien so wichtigen Gebiete zu brechen. Da gilt es, die Kräfte der Sozialdemokratie mit Nachdruck einzusetzen, um einen sozialpolitischen Fortschritt durchzusetzen. Angesichts der drohenden wirtschaftlichen Krise, die in zahlreichen Berufen schon verheerend Opfer fordert, angesichts der furchtbaren Teuerung, unter der die Massen des Volkes leiden, muß in der Frage der Hilfe für die Arbeitslosen ein energischer Vorstoß unternommen werden. Hier ist unmittelbar wertvolle Arbeit zu leisten.

Noch mancherlei Angelegenheiten sowohl des inneren Parteilebens als der politischen Betätigung gegen die Welt der Feinde werden im Anschluß an die Fälle der vorliegenden Anträge aus den einzelnen Organisationen der Parteitag beschäftigen. Eine Partei, die so wie die Sozialdemokratie inmitten des stürmenden Lebens der Zeit steht, hat stets eine Fülle der Aufgaben und Arbeiten zu bewältigen. Wir haben die Zuversicht, daß der bevorstehende Parteitag mit frischem Eifer an sein Werk gehen und gutes für die deutsche Arbeiterklasse und für den Fortschritt des Sozialismus vollbringen wird. Möge der Parteitag seine Arbeiten ausführen, indem er sich erfüllt mit dem Geiste, der den unvergesslichen Führer belebte, den wir betauern, mit klug wägender Vernunft und mit stürmender Kampfeslust!

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung.
Sp. Die Arbeitslosigkeit ist keine neue Erscheinung. Schon das Altertum kennt sie. In Griechenland und in Rom wuchs die Arbeitslosigkeit sogar zu einem bedrohlichen sozialen Phänomen aus, an dem diese Staaten schließlich zugrunde gingen. Dort war es die Sklaverei, die die Ursache der Arbeitslosigkeit für die freien Bürger bildete, dann auch die Monopolisierung des Grund und Bodens durch die Latifundienbesitzer. Dieselbe Ursache, der gewaltig angewachsene Grundbesitz, liegt auch in der Hauptsache der mittelalterlichen Arbeitslosigkeit zugrunde, ebenso der Arbeitslosigkeit in der ersten Periode des Kapitalismus. Die gewalttätige Eroberung des Landvolkes von Grund und Boden, die insbesondere in den 16., 17., 18. und noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts getrieben wurde, ist im ersten Bande des Marx'schen „Kapitals“ gekennzeichnet worden. Da die damalige Arbeitslosigkeit durch gewalttätige Mittel hervorgerufen worden war, vermochte sie nicht, die Wissenschaft zur näheren Untersuchung ihrer Ursachen zu veranlassen. Vielmehr begnügte sich die klassische Volkswirtschaftslehre damit, die volle Freiheit des Arbeitsvertrages und die Aufhebung des Zwangs als Mittel auch gegen die Arbeitslosigkeit zu fordern.

Tagegen beginnen die gewerblichen Arbeiter schon mit dem Aufkommen der Maschine einen hartnäckigen Kampf gegen diese zu führen, der sich durch das 17., 18. und selbst noch durch die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zieht. In der Tat war die Einführung des Maschinenbetriebes von unsäglichem Elend für die Arbeiterbevölkerung begleitet. „Die Weltgeschichte“, sagt Marx, „bietet kein entsetzlicheres Schauspiel als den allmählichen, über Tausenden verstreuten, endlich 1838 festgestellten Untergang der englischen Handwebstuhlweber.“ Die Geschichte des verzweifelten Kampfes der kontinentalen Handwebwer, wie der Kampf der indischen und chinesischen Handarbeiter gegen die Maschine ist vielleicht nicht minder grauenvoll. Trotzdem hat der klassenbewußte Proletarier bald den Unterschied zwischen der Maschine und ihrer kapitalistischen Verwendungsart begriffen. Der Kampf gegen die Maschine ist aufgegeben worden. Da aber die Einführung neuer Ma-

Stammlie Gylbers eine Erwähnung aus der Reihe dem Verfasser

Wollen mancher... Er öffnete mit vor Erregung zitternden Händen die Tür. Die junge Frau lehnte im blinkend hellen Schweißschweiß an der Schwelle. Der Mann folgte durch die Schwelle herauf auf ihre Schwelle, die er mit den Händen förmlich

stehet... die Berührung... die Gegenwart... die Zukunft... die Vergangenheit... die Gegenwart... die Zukunft... die Vergangenheit...

Wollen... das Wohl... das Glück... das Leben... das Sterben... das Leben... das Sterben... das Leben... das Sterben...